

Sanierung/Umbauen

## Deutschland braucht jetzt eine „gebaute Sozialpolitik“: mehr Neubauwohnungen.

Deutschland braucht dringend mehr Wohnungen. Und dies gezielt in Großstädten, Ballungsräumen und Universitätsstädten. „Das Jahr 2014 muss das Startjahr für eine Wohnungsbau-Offensive des Bundes und der Länder werden“, fordert das Verbändebündnis Wohnen. Die fünf Organisationen und Verbände der Bau- und Immobilienbranche – darunter der Deutsche Mieterbund (DMB) und die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) – formulieren ihre Erwartungen an die neue Bundesbauministerin, Frau Dr. Barbara Hendricks (SPD): „Wohnungsbau ist immer auch gebaute Sozialpolitik. Wenn Menschen dort, wo sie leben und arbeiten, keine oder eine kaum noch bezahlbare Wohnung finden, dann ist dies eine gefährliche Entwicklung“, so das Verbändebündnis Wohnen. Der Schaffung von neuem Wohnraum und dem Erhalt preiswerter Wohnungsbestände müsse die große Koalition Vorrang einräumen. Dabei geht es insbesondere um den Neubau von Mietwohnungen, die im unteren und mittleren Preissegment angeboten werden. Notwendig dafür seien vor allem bessere Steueranreize bei der AfA und langfristig planbare KfW-Förderprogramme - beides liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

Verstärkt werden diese Forderungen aktuell dadurch, dass die Zuwanderung in Deutschland eine neue Rekordhöhe erreicht. 400.000 Menschen seien im zurückliegenden Jahr mehr ein- als abgewandert. Dieser Trend zu ansteigenden Zuwanderungsraten ist bereits seit 2010 zu beobachten und werde sich in diesem Jahr fortsetzen. Die Zahl der Zuwanderer könne sich sogar noch erhöhen. „Experten erwarten, dass 2014 die Nettozuwanderung erneut um 30.000 bis 110.000 Menschen steigen wird. Darauf muss sich die Bundesregierung mit ihrer Baupolitik einstellen. Hier steht Frau Bundesbauministerin Dr. Hendricks vor einer großen Herausforderung“, so das Verbändebündnis.

Wohnraumnot

„Die Bauministerin kommt aus Nordrhein-Westfalen. Sie kennt die Preisspirale bei den Düsseldorfer Mieten. Ebenso die Probleme, die Wohnungssuchende im Revier und in den Unistädten haben. Auch die enorm gestiegenen Heizkosten und die Not älterer Menschen, wenn sie ihre Wohnung verlassen und ins Heim ziehen müssen, weil ihr bisheriges Zuhause nicht altersgerecht saniert ist und so keine ambulante Pflegebetreuung mehr erlaubt, sind Frau Dr. Hendricks bekannt“, so Dr. Ronald Rast vom Verbändebündnis. In den kommenden Jahren werden mindestens 2,5 Millionen barrierearme Wohnungen mehr bundesweit benötigt. Allein in der jetzt begonnenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages werde die Zahl der Senioren bundesweit um gut 900.000 ansteigen. Bei den Seniorenhaushalten mit mobilitätseingeschränkten Personen sei in dem gleichen Zeitraum ein Zuwachs von rund 150.000 zu erwarten. Für das altersgerechte Bauen und Sanieren seien deshalb pro Jahr 200 Millionen Euro jährlich als Zuschüsse und zinsgünstige KfW-Kredite bereitzustellen, so die Forderung vom Verbändebündnis Wohnen.